



Rekrutierungsprämie für Oltens Stadtpolizisten

So will die Stadtpolizei wieder zum Vollbestand kommen. Polizeikommandant Mark Haggenmüller verspricht sich davon einiges.

Seite 21

Wenn der Arzt zur Velotour bittet

Eine Hausärztin und sechs Hausärzte laden zu Fahrradtouren durch die Region. Im Vordergrund steht der Spass an der Bewegung.

Seite 18

S-Bahnen rollen im Aargau auf Erfolgskurs

Das bessere Angebot auf den Aargauer Bahnlinien seit 2005 lohnt sich: Dank mehr Fahrgästen stiegen die Einnahmen auf 115 Prozent.

Seite 24

Eine geballte Kritik an der Regierung

SP und Gewerkschaften wiederholen ihre Vorwürfe gegen die Regierung und zeigen «Wege aus der Krise» auf

Grosser Aufmarsch für ein wichtiges Thema: Sechs Vertreterinnen und Vertreter der Spitzen von SP und Gewerkschaften versuchten «Wege aus der Krise» aufzuzeigen. Dabei wurde die Solothurner Regierung erneut massiv gerüffelt.

FRANZ SCHAIBLE

Gleich vorweg: Neue Vorschläge, um den Kanton Solothurn aus «der grössten Wirtschaftskrise seit 35 Jahren» (Zitat SP-Fraktionschef und Kantonsrat Markus Schneider) zu führen, wurden an der gestrigen Medienkonferenz in Solothurn nicht aufgetischt. Das bestätigte Markus Baumann, Präsident des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn, indirekt in seiner Einleitung: «Wir sind heute da, um einmal mehr konkrete Vorschläge vorzustellen.» Es gehe darum, die Forderungen und Lösungsansätze zuzusagen in einem gemeinsamen Paket zu präsentieren, ergänzte Schneider.

Zuerst malten die Referenten und Referentinnen aber düstere Zukunftsprognosen an die Wand. «Den etwas positiveren Zeichen an der Wirtschaftsfrost zum Trotz droht uns eine Arbeitslosigkeit, wie sie die Schweiz seit 1936 nie mehr erlebt hat», meinte SP-Nationalrätin Bea Heim. «Ein Ende der Entlassungen ist nicht abzusehen.

Laut Herbstprognosen der Konjunkturforschungsinstitute kommt es noch dicker: 2010 geht der Privatkonsum zurück, die Bauinvestitionen brechen ein und die Arbeitslosenzahl nimmt im Durchschnitt aller Prognosen um 1,3 Prozentpunkte zu. Im nächsten Jahr wird auch die Binnenwirtschaft in den Strudel der Krise geraten», warnte Markus Schneider.

Vorschläge im Kurzraffer

Deshalb brauche es im Kanton nun dringend eine konjunkturpolitische Agenda, führte Bea Heim aus. Die da-



EINSTIMMIGE MEINUNG Vereinte Kritiker der Regierung: SP-Kantonsrat Peter Schafer, SP-Nationalrätin Bea Heim, SP-Fraktionschef Markus Schneider, Gewerkschaftsbund-Präsident Markus Baumann, SP-Parteipräsidentin Evelyn Borer und VPOD-Präsident Rolf Hasler (v.l.). OLIVER MENGE

nach – praktisch alle an den Kanton – wiederholt gestellten Forderungen im Kurzraffer: Eine antizyklische, konjunkturstützende Ausgabenpolitik, Kaufkraftsicherung durch Prämienverbilligungen für die Krankenversicherungen und Erhöhung der Kinderzulagen, Lehrstellen für alle, Verpflichtung der Betriebe, das Instrument der Kurzarbeit voll auszuschöpfen, aktives Engagement des Kantons bei Betriebsschließungen, der Kanton soll sich zum Erhalt der Arbeitsplätze in energieintensiven Betrieben für tiefe Energiepreise einsetzen, Gewähren von Bürgschaften an Firmen, die unter verschärften Kredit-

konditionen leiden. Fast gleich viel Platz nahm an der Medienkonferenz die – ebenfalls wiederholte – Kritik an der Solothurner Regierung ein. Statt aktives Krisenmanagement gelte in der Regierung «Dienst nach Vorschrift als Handlungsmaxime», monierte SP-Mann Schneider. Der Kanton Solothurn verfüge nicht über eine kohärente Strategie zur Krisenbekämpfung, ergänzte Heim. Trotz der alarmierenden Zahlen vom Arbeitsmarkt unternehme die Regierung, und allen voran das Volkswirtschaftsdepartement, «nicht das Geringste, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken», kritisierte Markus

Baumann. Bei aller Kritik gehe es aber nicht um eine Kampagne gegen eine einzelne Person, unterstrich Schneider. Die gesamte Regierung sei in dieser schwierigen Zeit gefordert. «Tatsache ist aber, dass die Krise vom Regierungsrat nicht als Aufgabe der Gesamtregierung verstanden wird.» Es sei weder Willen noch Engagement sichtbar, die Krise gemeinsam anzupacken.

Ebenso reflexartig hat in der Vergangenheit die Regierung auf die Vorwürfe reagiert. Sie listet in Medienmitteilungen auf, welche Massnahmen ergriffen worden sind, warum weitergehende Aktivitäten nicht möglich sind.

Die Regierung versichert, dass «alle der Verwaltung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit den vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen die entsprechende Unterstützung gewährt werden kann». Das Ganze gleicht eher einem Pingpongspiel als der gemeinsamen Suche nach Lösungen im Interesse aller. Weshalb wird eine Kommunikationstrategie über Communiqués und Medienkonferenzen verfolgt?

Vorwurf wird zurückgewiesen

Diesen Vorwurf weist SP-Kantonsrat Schneider zurück. Man habe schon im Frühling eine tripartite Arbeitsgruppe zur Entwicklung zusätzlicher Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gefordert. Vergeblich.

Die Begeisterung auf Regierungsseite für alle Forderungen halte sich in engen Grenzen. Schneider: «Wir machen sicher nicht auf Gesprächsverweigerung. Wir sind gerne bereit, gemeinsam Lösungen auszuarbeiten.» Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler antwortete kürzlich im Interview auf die Frage nach einem Round Table: «An uns soll es nicht fehlen, wenn die bereits bestehende tripartite Kommission für Arbeitsmarktpolitik entsprechende Vorschläge unterbreitet.» Wer macht den ersten Schritt?

JOBABBAU IN SPITÄLERN

Ganz direkt in die Arbeitsmarktkrise involviert ist der Kanton bei der Solothurner Spitäler AG. Dort sollen im Hinblick auf die bevorstehende neue Spitalfinanzierung (Fallpauschale) 250 Stellen gestrichen werden, wie Rolf Hasler, Präsident der Gewerkschaft VPOD erklärte. Überproportional betroffen seien Mitarbeitende in den Dienstbereichen (Verwaltung, Küche, Unterhalt usw.). Diese dürften in der aktuellen Situation Probleme haben, eine neue Stelle zu finden. «Der Kanton darf in Krisenzeiten nicht mit einem Stellenabbau falsche Signale setzen», warnte Hasler. (FS)

Schweissarbeiten führten zu Brandausbruch

Die Ursache für den Brand eines Einfamilienhauses an der Käppelstrasse in Starrkirch-Wil ist geklärt

Fahrlässigkeit bei Schweissarbeiten hätten zum Brandausbruch in einer Liegenschaft an der Käppelstrasse in Starrkirch-Wil geführt. Dies teilt der Mediendienst der Polizei Kanton Solothurn mit.

BEAT WYTENBACH

Eine dicke Rauchsäule überzog die Gegend rund um Starrkirch-Wil am Montagnachmittag; die Liegenschaft Käppelstrasse 3 war in Brand geraten. Die Ortsfeuerwehr sowie die Stützpunktfeuerwehr Olten, mit gesamt 42 Mann vor Ort, hatten den Brand nach rund einer Stunde unter Kontrolle. Dennoch konnten die Feuerwehrangehörigen nicht verhindern, dass der Dachstock komplett ausbrannte und das Erdgeschoss in Mitleidenschaft geriet (vergleiche OT vom Dienstag).

Brand fahrlässig verursacht

Der Brand, welcher das Einfamilienhaus in Starrkirch-Wil weitgehend zerstört hatte, sei «infolge Schweissarbeiten mit

Dachpappe fahrlässig verursacht worden. Dies ergaben die Abklärungen der Brandermittlung». Danach sei das Feuer nordwestlich auf dem Balkon vom ersten Obergeschoss ausgebrochen, von wo aus es sich sehr schnell auf den Dachstock ausgebreitet habe, teilt die Polizei Kanton Solothurn in einer Medienmitteilung mit.

Gerüche wahrgenommen

Demzufolge hat also nicht ein lauter Knall den Brand ausgelöst, wie einige Anwohner zunächst vermutet hatten. Rückmeldungen auf der Redaktion haben ergeben, dass das Gebäude schon vor der Explosion gebrannt habe; respektive, dass man schon im Vorfeld entsprechende Gerüche wahrgenommen habe. Der Knall, so Frank Wilhelm, Sprecher des Mediendienstes, sei demzufolge auf ein explodierendes Schweissgerät zurückzuführen gewesen, das mit Gas betrieben worden sei.

Der Sachschaden an Gebäude und Mobiliar belaufe sich nach ersten Schätzungen auf mehrere 100 000 Franken, heisst

NICHTS MEHR ZU RETTEN Der Dachstock der Liegenschaft brannte vollständig aus. BW

es in dem Communiqué weiter. Der Eigentümer des Hauses hat im Übrigen nach eigenen Angaben fast sein gesamtes Hab und Gut verloren und nur ein paar Habseligkeiten retten können. Mittlerweile ist er vorübergehend in einem Hotel der Region untergekommen.

Die Abklärungen, so Frank Wilhelm weiter, würden noch

mehrere Tage in Anspruch nehmen und diverse Einvernahmen sowie Befragungen beinhalten. Erst dann werde die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob sie Ermittlungen einleiten und Anklage wegen fahrlässigen Verursachens einer Feuersbrunst erheben werde. Zu auf der Redaktion eingegangenen Vorwürfen, wonach der Brandalarm viel zu

spät ausgelöst worden sei, meinte Wilhelm: «Man kann erst reagieren, wenn man Kenntnis von der Sachlage erhält.» Er unterstrich dabei nochmals, dass der Brandalarm, wie vermeldet, um 13.25 Uhr eingegangen sei, obwohl bei der Polizei als auch bei der Feuerwehr, und die Einsatzkräfte knapp zehn Minuten später vor Ort eingetroffen seien.



Nachrichten

Gunzgen Gefährliche Ladung aufgefliegen

Am Montagabend fiel den Spezialisten der Verkehrstechnik der Kantonspolizei Solothurn auf der Zürcher Autobahn der Autobahn A1 bei Gunzgen ein Sattelmotorfahrzeug auf, bei welchem die Plane des Aufliegers stark «ausgebeult» war. Deshalb hielten die Kantonspolizisten das französische Fahrzeug auf, um eine Kontrolle durchzuführen. Die Nachschau auf der Ladefläche ergab ein erschreckendes Bild: Der Auflieger war zweilagig mit etwa 21 Tonnen Holzplatten beladen. Die Ladung war erheblich nach rechts verrutscht und drückte bereits massiv gegen die Holzstecklatten und Einsteckungen. Die Gefährdung der anderen Verkehrsteilnehmer war so erheblich, dass der Chauffeur unverzüglich an der Weiterfahrt gehindert wurde und die Fracht auf ein anderes Fahrzeug umgeladen werden musste. Der Lenker wurde entsprechend zur Anzeige gebracht. (PKS)